



Liebe Mitglieder,

unser 3. Rundbrief im Jahr 2020 findet wieder während Coronabedingungen statt. Wir kennen die Hygieneregeln, tragen Masken und halten Abstand. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens sind für viele sehr belastend: Soloselbstständige und Künstler bangen um ihre berufliche Existenz, geraten an ihre Grenzen. Die Kultur liegt in Ketten, besonders die liebenswerten kleinen Einrichtungen geraten in Not.

Das »Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« wurde im November durch den Bundestag bestätigt und beschlossen. Damit kann das Bundesgesundheitsministerium, ohne Zustimmung des Parlaments Maßnahmen zu ergreifen und Erlasse herauszugeben... Der Bundestag als das gesetzgebende Organ in einer Demokratie hat die Maßnahmen damit legitimiert.

In den Krankenhäusern werden wieder Intensivbetten frei gehalten, aber es fehlen Pflegekräfte, die zwar mit einer zweifelhaften »Prämie« abgefunden, aber immer noch mit zu wenig Geld entlohnt werden... Auf den Pflegenotstand in den Krankenhäusern antwortete der Gesundheitsminister Jens Spahn mit einem Paradigmenwechsel im Bereich des ökonomisierten Gesundheitsdienstes. Das Pflegepersonal wird jetzt aus einem Extratopf bezahlt, der keine Deckelung nach oben hat. Der »Pflegetopf« ist aus dem Wettbewerb herausgenommen worden. Aber weiterhin wird die Schließung von »unrentablen« Krankenhäusern vom Bund mit viel Steuergeld gefördert. Dazu kommt, dass die Finanzierung unserer Kliniken besorgniserregende Folgen hat: Ausgerechnet die Krankenhäuser, die unter Höchstlast Corona-Patienten versorgt haben, sind jetzt akut von der Insolvenz bedroht. Deshalb brauchen wir umgehend eine veränderte Krankenhauspolitik, in der Krankenhäuser keine Gewinne machen müssen und solidarisch finanziert werden.

Unser Büro ist auch weiterhin für Gäste geschlossen. Besprechungen und auch unsere Vortragsveranstaltungen und Sitzungen finden per Videokonferenz über Zoom statt. Für den Wissenschafts- und Kulturausschuss der Stadt Braunschweig haben wir mit einem Videobeitrag über unsere Arbeit während Corona berichtet. <https://youtu.be/gsW3KpwjsoQ>

Die meisten Vorträge können Sie als Videoaufzeichnungen auf unserer Homepage bzw. dem neu eingerichteten Friedenszentrum youtube-Kanal nachschauen.

Nachrichten

Erfreulich.

Der Atomverbotsvertrag ist jetzt gültig.

90 Tage nach der 50. Ratifizierung tritt er in Kraft. Dies wird Anfang 2021 geschehen.

Der internationale Vertrag zum Verbot von Atomwaffen wird in Kraft treten. Das Abkommen wurde inzwischen von 50 Staaten ratifiziert, womit das Quorum für seine Gültigkeit erreicht ist, wie ein UN-Vertreter mitteilte. Demnach ratifizierte Honduras als 50. Staat.

Amerika hat einen neuen Präsidenten gewählt. An ihn richtet sich die Forderung, den internationalen Strafgerichtshof wieder arbeitsfähig zu machen.

US-Präsident Donald Trump unterzeichnete am 11. Juni eine Vollmacht, mit der US-Behörden Konten einfrieren und Einreiseperrren verhängen können. Ziel der Sanktionen sind jedoch nicht wie üblich Mitglieder von Terrororganisationen oder Angehörige von menschenverachtenden Regimes – sondern Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs. Das Verfahren, bei dem auch mögliche Verbrechen von amerikanischen Soldaten und CIA-Mitarbeitern untersucht werden, wird in Washington als Grund für die Sanktionen genannt. Die Furcht, amerikanische Staatsbürger könnten von einem internationalen Gericht angeklagt werden, sitzt tief. Ist die Verhinderung solcher Anklagen zu einem Grundprinzip amerikanischer Außenpolitik geworden?

Friedensverhandlungen zwischen Armeniern und Aserbaidschan, ein Friedensschluss mit vielen Schwierigkeiten, Menschen müssen ihre Häuser verlassen und werden vertrieben, aber die Waffen schweigen.

Neue Kriegsgefahr: Zwischen Äthiopien und der abtrünnigen Provinz Tigray tobt ein heftiger Kampf, der wahrscheinlich auf den Sudan und Eritrea übergreifen wird.

Ein Appell an die EU-Kommissionspräsidentin Frau von der Leyen:

Die Außengrenzen der EU gehören zu den tödlichsten der Welt!

1. Setzen Sie ein staatliches Seenotrettungsprogramm durch! Übernehmen Sie mit der Europäischen Union endlich Verantwortung und achten Sie europäisches Recht und die Menschenrechte! Realpolitik darf nicht zum ständigen Rechtsbruch führen. Seenotrettung ist Staatenpflicht.

2. Setzen Sie sich für die zivile Seenotrettung ein! EU-Mitgliedstaaten dürfen die Schiffe der zivilen Seenotrettung nicht länger behindern. Diese dürfen oft monatelang nicht auslaufen. Die systematische Verhinderung humanitärer Hilfe aus der europaweiten Zivilgesellschaft kostet Menschenleben. Das haben die europäischen Regierungen gemeinsam zu verantworten!

3. Beenden Sie jede Kooperation mit der sogenannten libyschen Küstenwache! Die EU-Kommission finanziert im Bürgerkriegsland Libyen kriminelle Milizen als vermeintliche Küstenwache, und nimmt in Kauf, dass nach Libyen zurückgeschleppte Menschen schlimmster Folter ausgesetzt werden. Ich erwarte, dass das Geld europäischer Steuerzahler/innen nicht länger für rechtswidrige Handlungen von Warlords und Menschenhändlern verwendet wird!

Wir dürfen uns an das tausendfache Sterben an der Grenze unseres Kontinents nicht gewöhnen. Abschreckung darf nicht zur zynischen Absicht werden, so groß die politische Aufgabe auch sein mag. Diese Flüchtlingspolitik hat keine gute Zukunft. Diese Politik bedroht nicht nur die Flüchtlinge, sie setzt auch unsere eigene Humanität und Würde aufs Spiel.

Jahrestag: 65 Jahre Bundeswehr

Die Bundeswehr wurde als eine regionale Verteidigungsarmee gegen den Widerstand von großen Teilen der Bevölkerung gegründet. Heute ist sie ein nicht unwesentlicher Teil des Natobündnisses, eine Interventionsarmee, die in Kriege zieht. Entsprechend sind die Ausgaben für Bewaffnung und Kriegsmaterial hoch und sollen noch gesteigert werden. Obwohl Deutschland mit seinem Militärbudget an 3. Stelle steht, ist die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Frage gestellt. Es gibt Probleme bei Beschaffung und Ausrüstung der Soldaten in Deutschland. Warum? Die weltweiten Kriegsoffer – darunter viele Kinder – sind zu beklagen. Warum?

Neue Atombomber für die Bundeswehr?

Das Verteidigungsministerium plant den Kauf von 45 neuen Kampffjets und die Bewaffnung deutscher Drohnen. Neben den europäisch gefertigten (>PESCO-Vertrag) Kampffjets sieht die Ministerin die Anschaffung US-amerikanischer Kampffjets vor, die dem Transport der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen dienen. Das heißt, die Atomsprengköpfe sollen im Ernstfall mit Hilfe speziell geschulter deutscher Soldaten eingesetzt werden. Bereits vor 10 Jahren beschloss der Bundestag den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, nun soll der Kauf der atomwaffenfähigen Kampffjets die Lagerung der Waffen für weitere Jahrzehnte garantieren.

Rolf Mützenich, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, forderte erneut, dass die in Büchel gelagerten amerikanischen Atomsprengköpfe abgezogen werden und keine neuen mehr stationiert werden. Wir können diese Forderung unterstreichen.

Stattdessen übt die Nato in Deutschland den Ernstfall:

Auf dem Fliegerhorst Nörvenich in Nordrhein-Westfalen wurde aktuell der Einsatz von Jagdbombern trainiert, die im Kriegsfall mit Nuklearwaffen bestückt werden könnten. Der Standort gilt als möglicher Ausweichstandort für die taktischen US-Atomwaffen vom Typ B61, die im rheinland-pfälzischen Büchel lagern. Während dieses Manövers »Steadfast Noon« wird geübt, wie man die US-Atomwaffen sicher aus unterirdischen Magazinen zu den Flugzeugen transportiert, unter die Kampffjets montiert und Atombomben sicher ins Ziel bringt.

In Büchel läuft parallel die Übung »Resilient Guard«, bei der die Luftwaffe den Fliegerhorst gegen mögliche Angriffe verteidigt. An den Übungen sind niederländische, belgische und italienische Kampfflugzeuge beteiligt.

Die Schwelle des Einsatzes von Atomwaffen sinkt. Die Atomkriegsuhr wurde von der Zeitschrift *Bulletin of the Atomic Scientists* dem »Berichtsblatt der Atomwissenschaftler« in diesem Jahr um 20' vorgestellt auf 11:58:20. Deutschland trägt mit solchen Militärübungen zur Eskalation bei.

Militarisierung der Nordsee:

Das britische Militär ist beunruhigt wegen der Klimaveränderung: Mit den schmelzenden Polkappen kommen russische und chinesische Kriegsschiffe an den Polarkreis. Ihre Antwort: der neue Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth in Portsmouth.

Am 5. Dezember beteiligen wir uns an dem bundesweiten Aktionstag mit der Forderung nach Abrüstung – kein Geld für Rüstung!

In der 2. Dezemberwoche berät der Bundestag über den Haushaltsplan 2021. Dieser konzentriert sich nicht auf lebenswichtige Fragen, auch nicht auf Maßnahmen gegen den Klimawandel, sondern sieht erneut eine erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats vor. Dagegen rufen wir zum Protest auf!

Wir schließen uns dem Aufruf der bundesweiten Friedensbewegung an: »Abrüsten statt Aufrüsten«

Solidarität für das wirklich Wichtige

Solidarität mit den Menschen, die dafür arbeiten:

- im Gesundheitswesen • in der Pflege • in der Bildung • für unsere Versorgung.

Aktionstag am 5.12.2020 und zur Friedenskette durch die Braunschweiger Fußgängerzone.

Start: 11.00 Uhr BS-Kohlmarkt

Abschlusskundgebung: 12.00 Uhr BS-Kohlmarkt

https://www.friedenszentrum.info/images/pdf/flyer/flyer-aktionstag_5-12-2020.pdf

Hier die Zusammenfassung unserer letzten Aktivitäten:

1.

Der Hiroshimatag am 8. August am Okerufer

Redebeiträge finden Sie auf unserer Homepage

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/713-100-kerzen-auf-der-okere>

2.

Eine Veranstaltung des Friedenszentrums Braunschweig aus der Reihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« vom 27.08.2020. Referent: Fritz Burschel.

NSU 2.0? Wie groß ist das NSU-Netzwerk aus Neonazis und Geheimdienst-V-Leuten?

Der Referent machte eingangs deutlich, dass zum Phänomen »NSU 2.0«, d.h. zu jenem imaginären Netzwerk aus Neonazis, V-Leuten und staatlichen Funktionsträgern in verschiedenen Bereichen wenig Handfestes zu berichten ist: Die Weitergabe von sensiblen Informationen aus Polizeicomputern, ein Verfasser von Drohbriefen vor Gericht, ... ansonsten viel Vermutungen und Stoff für Spekulationen. Die bisweilen schwierige Problematik einer juristischen Aufarbeitung, staatlicher Aufklärungsaktivitäten sowie parlamentarischer Initiativen illustrierte der Referent am Beispiel des Münchener NSU-Prozesses:

Ermittlungen der Polizei, die sich zunächst gegen die Opferangehörigen richteten, die hochproblematische Verbindung von V-Männern und VS-Beamten (beispielhaft hier Tino Brandt, der vom VS 200.000 DM erhalten hatte und damit auch den Aufbau von Neonazistrukturen finanziert hatte). Hinzu kommt die fast völlige Machtlosigkeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die sich auf die ihnen von den Geheimdiensten überlassenen Informationen verlassen müssen.

Darüber hinaus gibt es eine Spezialität deutscher Anklagebehörden; hier insbesondere die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften. Heißt konkret: Wenn es die Staatsräson erfordert, kann auch von der Verfolgung von schweren Straftaten abgesehen werden.

Fazit des Referenten: Der Verfassungsschutz in seiner heutigen Gestalt hat keine Existenzberechtigung und gehört nach vielen einschlägigen Skandalen, abgeschafft; ebenso wie viele andere fragwürdige Rechtsinstitute auch.

Das große Interesse des Publikums an der Thematik wurde auch daran deutlich, dass die anschließende Fragerunde den Vortrag an Dauer fast erreichte.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/712-rechtsextreme-netzwerke-in-staatlichen-strukturen>

3.

Am 5. September begingen wir den Antikriegstag

mit einem Friedenszug und einer Kundgebung. Unsere Forderungen: Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Wir setzen auf zivile Konfliktlösungen und die Stärkung des Völkerrechts!

Abrüstung statt Sozialabbau

- Respekt und Gespräche statt medialer Hetze
- Deutsche Politik muss sich dem Frieden verpflichten

Auf dem Kohlmarkt gab es Musik und Friedenslieder mit Corinna und Matthias, denen wir ganz herzlich danken! Die Reden hielt Hans-Georg Hartwig, Werner Hensel, Elke Almut Dieter und Ute Lampe.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/716-bericht-zum-antikriegstag-2020>

4.

Professor Orth referierte in der VHS am 17. September und wählte für seinen Vortrag den Titel »für Gewaltfreiheit und Frieden arbeiten – mitten im Krieg«

Ist angesichts des aktuellen Sicherheitsbegriffs, der mit militärischer Stärke, Aufrüstung, einem tödlichen Waffenarsenal und atomarer Bedrohung verbunden ist, Gewaltfreiheit eine realistische Alternative?

Wissenschaftliche Forschungen haben ergeben, dass gewaltfreie Lösungsansätze fast doppelt so erfolgreich und langfristiger sind als Lösungen durch Gewalt. In diesem Sinne arbeitet auch der Denkansatz von »Sicherheit neu denken«: Die badische Kirche hat in Zusammenarbeit mit dem Institut Friedenspädagogik und der pädagogischen Fachhochschule Freiburg ... eine gesellschaftliche Umwandlung hin zu einem neuen Sicherheitsbegriff, der auf der positiven Anthropologie beruht (der Mensch ist gut und ein Gemeinschaftswesen). Als Beleg für die Wirkung von Gewaltfreiheit nannte er die Hagia Sophia die 1935 zu einem Museum umgenutzt und jetzt wieder zu einer Moschee wurde, und Etty Hilesum, die im Konzentrationslager sich um andere kümmerte und als das »denkende Herz der Baracke« galt. Die gewaltfreie Kommunikation, eine Sprache von Herz zu Herz, nannte er als einen Weg, eine Voraussetzung für die Verbesserung der Welt.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/720-wege-zu-einer-kultur-des-friedens-september-2020-fuer-gewaltfreiheit-und-frieden-arbeiten-mitten-im-krieg>

5.

Am 2. Oktober – passend zum Tag der deutschen Einheit - konnten wir den im März abgesagten Film »Golddrausch« in der Brunsviga sehen:

ein sehr bewegender Film über die Arbeit der Treuhand, der alle betroffen zurück ließ.

Der Film beschreibt die Arbeit der Treuhand, den Verkauf und die schnelle Abwicklung der ostdeutschen Betriebe. 95% der ostdeutschen Betriebe wurden an Westdeutsche und Ausländer verkauft, zu einem großen Teil stillgelegt. 2,5 Mio. Arbeitsplätze wurden vernichtet. Die Treuhand war dem Bundesfinanzministerium unterstellt, Bundeskanzler Kohl hatte/nahm direkten Einfluss darauf. Der Umgang Westdeutschlands mit der DDR, die radikale Privatisierung des Volkseigentums, hat Folgen für die innenpolitische Situation im gegenwärtigen Deutschland.

Die anschließende Diskussion war mit einem Zeitzeugen im Universum geplant. Das wäre ein würdiger Abschluss gewesen und hätte zu einer besseren Verarbeitung der Bilder beigetragen. Sie können den Film noch auf YouTube finden. <https://youtu.be/p5jprA9INlo>

Unglücklicherweise musste der dazugehörige Vortrag von Prof. Engler über die politischen Auswirkungen der Wiedervereinigung von 1989/90 zum 2. Mal wegen der Erkrankung des Referenten ausfallen.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/721-nachholtermin-der-deutsche-golddrausch-die-eliminierung-der-ostdeutschen-industrie-2>

6.

Am 29. Oktober 2020 gab es unsere erste Zoom-Veranstaltung mit Ingar Solty.

Er ist promovierter Sozialwissenschaftler und arbeitet als Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sanktionen - Stellenwert, Funktion und Wirksamkeit im aktuellen Spannungsfeld internationaler Beziehungen

Wirtschaftssanktionen, insbesondere in den Bereichen Handel und Finanzen, sind ein gängiges Mittel, um tatsächliche oder vermeintliche Kontrahenten zu »Wohlverhalten« zu zwingen. Zugleich sind diese indirekten Gewaltmittel umstritten:

Für die Zivilbevölkerungen haben sie oft verheerende Auswirkungen.

Nicht selten decken sie auch die inneren gesellschaftlichen Konflikte zu, weil sie als Belagerungssituation wahrgenommen werden und zu einer Stärkung der Regierung in den sanktionierten Staaten führen.

Der Vortrag geht am Beispiel der gegenwärtigen Russland- und Iran-Sanktionen der Frage nach: Welche Ursachen, Zielsetzungen und Interessen standen bei der Verhängung dieser Maßnahmen im Vordergrund? Welche Konsequenzen werden sie haben?

Eine kleine Zahl von Zuhörern verfolgte die Zoom-Veranstaltung am Bildschirm in der VHS und konnte direkt Fragen stellen. Alles klappte erstaunlich gut, gewöhnungsbedürftig war der relativ monotone Vortrag. Es erforderte eine große Konzentration beim Zuhören/ Zusehen.

<https://rosalux.academia.edu/IngarSolty>

7.

Durch die verschärften Coronamaßnahmen haben wir unseren Vortrag von Lothar Zechlin vom ursprünglich geplanten Termin im November auf den März 2021 verschoben.

8.

Neu in unserem Programm ist die von Inge Gerlach initiierte monatliche Ausgabe »Aktuelles«. Drei Ausgaben liegen inzwischen vor: <https://www.friedenszentrum.info/index.php/diskussion-aktuell>

- Grundeinkommen für alle? • Haben die USA eine Wahl? • Das Elend der europäischen Flüchtlingspolitik

Wir wünschen uns dazu mehr Reaktionen und Diskussionen!
Unsere Mailadresse: kontakt@friedenszentrum.info

Elke Almut Dieter

www.friedenszentrum.info



www.facebook.com/Friedenszentrum-Braunschweig-eV-280733798618130



www.youtube.com/channel/UCIx12QIzAQ0R4dNTMxCnX_g/playlists

Solidarität für das wirklich Wichtige - statt Aufrüstung! Gerade jetzt in der Corona-Pandemie

In der gegenwärtigen ersten Corona-Pandemie wurde deutlich, was wirklich für unser Leben wichtig ist:

- Ein gut ausgestattetes öffentliches Gesundheitswesen, statt Gesundheit als Geschäft für Konzerne.
- Eine auskömmliche Entlohnung für jene, die täglich hart für uns alle arbeiten
- sei es in der Pflege, in der Medizin, in der Lebensmittelproduktion, im Einzelhandel, wo wir das Lebensnotwendige erhalten.

In der zweiten Dezemberwoche berät der Bundestag über den Haushaltsplan 2021. Dieser konzentriert sich nicht auf diese lebenswichtigen Fragen, auch nicht auf Maßnahmen gegen den Klimawandel, sondern sieht erneut eine erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats vor. Dagegen rufen wir zum Protest auf!

Wir schließen uns dem Aufruf der bundesweiten Friedensbewegung und dem

Aktionstag am 5. Dezember 2020

an und laden ein zur

**Friedenskette durch die Braunschweiger
Fußgängerzone**

Start 11.00 Uhr BS-Kohlmarkt

Abschlusskundgebung 12.00 Uhr BS-Kohlmarkt



Wir bitten hierbei eindringlich um die Beachtung der Pandemie-Hygieneregeln!



Vi.S.d.P. Helmut Käss, c/o Friedenszentrum Braunschweig e.V., Goslarische Str. 93, 38118 Braunschweig

https://www.friedenszentrum.info/images/pdf/flyer/flyer-aktionstag_5-12-2020.pdf